

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 12. OKTOBER 2022



Foto: Bremische Bürgerschaft

## ANTRAG BREMERHAVEN SOLL WASSERSTOFF-TESTZENTRUM ERHALTEN

**In Bremerhaven soll ein Testzentrum für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge entstehen. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute einstimmig einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen und der CDU beschlossen. „Wir sind überzeugt, dass wir mit dieser Test-Infrastruktur einen wichtigen Beitrag zur Wasserstoffökonomie insgesamt leisten, die exzellent zum Standort Bremerhaven und exzellent in die maritime Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungslandschaft passt, die wir insgesamt in Bremen und Bremerhaven haben“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Martin Günthner.**

„Wir haben in den vergangenen 20 Jahren in diesem Haus immer wieder darauf hingewiesen, von welcher zentraler Bedeutung die erneuerbaren Energien für die Energiewende sind und von wie zentraler Bedeutung es darüber hinaus ist, dass wir auch die entsprechenden Speicherkapazitäten aufbauen“, so Günthner zu Beginn seiner Rede in der Bürgerschaft. „Neben Batterien ist Wasserstoff als Speichermedium in den vergangenen Jahren zu einem immer wichtigeren Thema geworden. Und deswegen ist es gut, dass wir mit unserem Antrag heute dafür sorgen können, einen Seegangsimulator in Bremerhaven mit aufzubauen und das, was wir dort bereits an Forschungs- und Entwicklungskapazität haben, weiter auszubauen.“

Mit dem Fraunhofer IWES gebe es dort bereits eine herausgehobene und europaweit anerkannte Einrichtung. „Und dieses Testzentrum ist dazu eine herausragende und hervorragende Erweiterung“, so der Sozialdemokrat. Der geplante Seegang-

simulator besteht aus sechs großen Hydraulikzylindern. Auf diesen liegt eine große Plattform, auf die ein 40-Fuß-Container montiert werden kann. Durch Zylinder können Bewegungen simuliert werden, die den Extrembedingungen auf hoher See gleichen. Wie sich diese Bedingungen auf Wasserstoff und Brennzellen auswirken, kann dann untersucht werden. Doch gehe es mittlerweile nicht nur um die Schifffahrt, sondern auch um große, schwere Fahrzeuge wie LKW oder Nutzfahrzeuge, für die das Thema Wasserstoff eine immer größere Bedeutung bekomme, betonte Günthner. „Der Simulator wird also zentral dazu beitragen, das Thema Wasserstoff in dieser anwendungsorientierten Forschung am Standort Bremerhaven weiter ausbauen zu können.“

Ziel müsse es sein, das, was mit Energiewende beschrieben werde – von der Forschung über die Entwicklung bis hin zur konkreten Anwendung – gerade auch am

Standort Bremerhaven weiterentwickeln zu können, betonte Günthner. „Dafür bringen wir mit dem Seegangsimulator heute einen wichtigen Baustein an den Start und zielen in die richtige Richtung.“

Günthner abschließend: „Klar ist: Wir brauchen in der Zukunft Wasserstoff, damit die Energiewende gelingen kann. Wir brauchen dazu auch den Ausbau der erneuerbaren Energien – onshore und offshore –, wie wir es in diesem Haus immer wieder gefordert haben. Aus beidem zusammen, aus diesem klaren politischen und ökonomischen Ansatz auf der einen Seite und dem, was wir auf der anderen Seite zur Stärkung von Forschung und Entwicklung gerade in Bremerhaven als starkem Wissenschaftsstandort betreiben, wird das Gesamtkonzept, mit dem wir als Koalition hier erfolgreich unterwegs sind.“

>Antrag: **Aufbau eines Testzentrums für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge**  
[https://bit.ly/testzentrum\\_wasserstoff](https://bit.ly/testzentrum_wasserstoff)

## ANTRAG **RADWEGE IM ÜBERSEEHAFENGEBIET ATTRAKTIVER GESTALTEN!**

Die Fahrradwege im Überseehafengebiet sollen attraktiver gestaltet werden. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen. Dies sei zum einen für den Tourismus von Bedeutung, erläuterte der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Zager, in seiner Rede. Zum anderen verbessere es für Beschäftigte in den Hafenerbetrieben die Möglichkeit, klimaneutral zur Arbeit zu kommen und schaffe einen Anreiz, auf das Fahrrad umzusteigen. „Mit der Renovierung der Radwege schaffen wir die Basis für die Mobilitätswende im Hafengebiet“, sagte Zager.

Bremerhaven habe bereits viel für attraktive Radwege auf den Weg gebracht, betonte der Sozialdemokrat und nannte als Beispiel die Nord-Süd-Route. Zudem würden im Bremerhavener Umland diverse Maßnahmen zum Bau und der Gestaltung von Fahrradwegen in Ansatz gebracht, in Form des Weser-Radwegs ebenso wie als Begleitmaßnahme beim Ausbau von Landstraßen.



Jörg Zager

„Mit unserem Antrag wollen wir nun zwei Dinge sicherstellen“, erklärte Zager. „Zum einen sollen die



Radwege im Überseehafengebiet attraktiv und vor allem sicher gestaltet werden. Zum anderen sollen die Planungen und Arbeiten mit den Beteiligten möglichst in einem abgestimmten Zeitrahmen erfolgen.“

Dazu soll der Senat laut Antrag nun die Planung von Reparatur, Sanierung und gegebenenfalls Neugestaltung der Fahrradwege im stadtbremischen Überseehafengebiet, insbesondere dem Weser-Radweg, veranlassen, die dafür nötigen Planungsmittel bereitstellen und sich um passende Förderprogramme bemühen. Berücksichtigt werden sollen dabei auch Lademöglichkeiten für E-Bikes. „Mit der Einbeziehung und

Beteiligung des ADFC und des Deutschen Verkehrssicherheitsrates soll auch externer Sachverstand in den Prozess geholt werden“, betonte Zager. Zudem soll der Senat mit den beteiligten niedersächsischen Umlandgemeinden Gespräche führen, mit dem Ziel, den Lückenschluss zwischen den Radwegen verschiedener Gemeinden zu schließen. Denn trotz aller Maßnahmen, die bereits auf den Weg gebracht wurden, ist Zager sich sicher: „Dass Handlungsbedarf besteht, die Fahrradwege im Überseehafengebiet attraktiver zu machen, dürfte jedem und jeder klar werden, sobald er oder sie sich auf das Fahrrad schwingt und durch den Hafen fährt.“

## ANTRAG **BÜRGERSCHAFT SOLIDARISIERT SICH MIT PROTESTIERENDEN IN IRAN**

Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition in einer Entschließung aller demokratischen Fraktionen ihre Solidarität mit den Protestierenden in Iran bekundet. Da Deutschland der wichtigste Handelspartner des Iran sei, müsse es auch eine entsprechende Verantwortung übernehmen, betonte die SPD-Abgeordnete Eva Quante-Brandt in der Debatte. „Die Rechnung des iranischen Regimes, die Proteste ohne nachhaltige negative Konsequenzen gewaltsam unterdrücken zu können, darf nicht aufgehen. Dazu müssen wir auch einen politischen Beitrag leisten.“

„Die bekannte iranische Ärztin und Journalistin Gilda Sahebi weist mit Nachdruck darauf hin: Je sicherer das iranische Regime sich fühlt, umso gewalttätiger und gnadenloser geht es gegen Kritiker:innen und Demonstrant:innen vor“, zitierte die Sozialdemokratin in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Und auch Amnesty International warnt davor, dass ohne internationales Handeln noch mehr Menschen in Iran lange Haftstrafen oder den Tod fürchten müssen.“



Eva Quante-Brandt

Quante-Brandt weiter: „Auch die gegenwärtige Geschichte mitten in Europa erinnert uns daran: Schweigen zu massiven Menschenrechtsverletzungen ist kein akzeptabler Weg. Deshalb sagen wir in aller Deutlichkeit: Wir verurteilen das bru-

tale Vorgehen der iranischen Sicherheitsbehörden aufs Schärfste. Die Gewalt gegen die Demonstrierenden ist unerträglich und muss umgehend eingestellt werden! Wir sehen und hören die Frauen und Protestierenden im Iran und sprechen ihnen unsere volle Solidarität aus. Wir sehen, wie sie sich für Menschenrechte, für Frauenrechte sowie für die Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten einsetzen. Wir sehen, wie sie dafür eintreten, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation zu erreichen und wie sie für Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und Emanzipation eintreten. Aber wir sehen auch, dass nach Angaben der Menschenrechtsorganisation ‚Iran Human Rights Watch‘ bislang mehr als 150 Menschen bei den Protesten ums Leben gekommen sind. Auch deshalb gilt unser ganz besonderer Respekt und unsere Hochachtung den iranischen Frauen und allen Protestierenden.“

„Gleichzeitig müssen wir einräumen, dass unsere Möglichkeiten, die Proteste im Iran zu unterstützen, begrenzt sind“, so Quante-Brandt abschließend. „Umso mehr unterstützen wir unsere Bundesregierung in ihrem Streben nach wirksamen EU-Sanktionen gegen das Mullah-Regime, insbesondere seine Machthaber. Und wir unterstützen die Initiative mehrerer Bundesländer und unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser, einen Abschiebestopp für gefährdete Menschen aus dem Iran zu verhängen. In Bremen wurde seit Anfang 2021 bereits niemand mehr in den Iran abgeschoben. Wir fordern den Senat daher auf, sich dafür stark zu machen, dass auch andere Bundesländer entsprechend handeln.“